

Az.: _____

BESCHLUSSVORLAGE NR. 120-2024

Vorgesehene Beratungsfolge	Sitzung am:	Behandlung des TOP		Abstimmung			
		öffentlich	nichtöffentlich	Anw	Ja	N	E
Stadtrat	10.07.2024	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

GEGENSTAND: Wahl der Vertreter in die Abwasserzweckverbände Westliche Mulde und Raguhn-Zörbig

Kurzdarstellung des Sachverhaltes: Die Stadt Raguhn-Jeßnitz ist Mitglied in den Abwasserzweckverbänden Westliche Mulde und Raguhn-Zörbig. Gem. § 10 des GKG LSA sind Organe der Zweckverbände die Verbandsversammlung und der Verbandsgeschäftsführer.

Nach § 11 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Abs. 3 GKG LSA **wählen** die Kommunen je einen Vertreter in die Verbandsversammlungen. Die Verbandssatzung kann die Wahl von Stellvertretern vorsehen. Der Vertreter und sein Stellvertreter können jederzeit abgewählt werden.

Im Zuge der neu begonnenen Wahlperiode sollte eine Entscheidung zur Neuberufung von Vertretern und deren Stellvertretern getroffen werden. Es können aber auch wieder die bisherigen Personen als Vertreter der Stadt in den Abwasserzweckverbänden auftreten. Das Gesetz sieht dabei nicht vor, dass der Vertreter / Stellvertreter aus den Reihen des Stadtrates stammen muss.

Gemäß § 56 Abs. 3 KVG LSA ist eine Wahl durchzuführen, die geheim mit Stimmzetteln erfolgt. Es kann offen abgestimmt werden, wenn kein Stadtratsmitglied widerspricht.

Gewählt ist die Person, die im ersten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Soweit im ersten Wahlgang nur eine Person zur Wahl stand und diese Person die erforderliche Mehrheit nicht erreicht hat, finden die Sätze 2 bis 4 keine Anwendung (§ 56 Abs. 4 KVG LSA).

Steht demnach nur eine Person zur Wahl, ohne die nötige Mehrheit zu erreichen, erfolgt kein zweiter Wahlgang. Diese Person ist dann NICHT gewählt.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 10, 11 GKG LSA (Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Sachsen-Anhalt), § 56 KVG LSA (Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt)

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Produkte / Kostenstellen im laufenden HH-Jahr € Folgejahr/e €

BESCHLUSS-VORSCHLAG: Der Stadtratsvorsitzende der Stadt Raguhn-Jeßnitz gibt folgende Wahlergebnisse bekannt:

1. In die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbands Westliche Mulde sind

als Vertreter der Stadt Raguhn-Jeßnitz: Herr/Frau _____ und als dessen/deren Stellvertreter/in: Herr/Frau _____ gewählt.

2. In die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbands Raguhn-Zörbig sind

als Vertreter der Stadt Raguhn-Jeßnitz: Herr/Frau _____ und als dessen/deren Stellvertreter/in: Herr/Frau _____ gewählt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mitgliederzahl (+ Bgm.): 21

Anwesende Mitglieder: _____ davon Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA): _____

Ja-Stimmen _____

Nein-Stimmen _____

Enthaltungen _____

Detaillierte Darstellung des Sachverhaltes zu BV 120-2024

Auszug aus § 11 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Sachsen-Anhalt (GKG LSA):

§ 11

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet mindestens einen Vertreter mit einer Stimme in die Verbandsversammlung.
Die Verbandssatzung kann bestimmen, dass Verbandsmitglieder mehrere Stimmen haben und zur Ausübung des Stimmrechts einen Vertreter oder eine entsprechende Anzahl von Vertretern entsenden. Die Verbandssatzung kann die Übertragung des Stimmrechts auf einen anderen Vertreter des Verbandsmitgliedes oder die Benennung von Stellvertretern vorsehen. Die Vertreter der Verbandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Mitglieder der Verbandsversammlung können nicht sein:
1. Beschäftigte des Zweckverbandes,
 2. leitende Beschäftigte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder des Privatrechts, wenn der Zweckverband in einem beschließenden Organ dieser Organisation mehr als die Hälfte der Stimmen hat,
 3. Beschäftigte die vorbereitend oder entscheidend unmittelbare Aufgaben der Kommunal- oder Fachaufsicht über den Zweckverband wahrnehmen.
- (2) Der Verbandsgeschäftsführer ist Mitglied in der Verbandsversammlung mit beratender Stimme. Absatz 1 Satz 6 findet auf ihn keine Anwendung. Die Verbandsversammlung nimmt gegenüber einem mit Anstellungsvertrag beschäftigten Verbandsgeschäftsführer die Aufgaben des Arbeitgebers wahr. Gegenüber einem beamteten Verbandsgeschäftsführer ist sie Dienstvorgesetzter, höherer Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde.
- (3) Der von der Kommune nach Absatz 1 Satz 2 zu entsendende Vertreter wird von der Vertretung der Kommune gewählt. Die Verbandssatzung kann die Wahl von Stellvertretern vorsehen. Die Vertreter und Stellvertreter können jederzeit abgewählt werden. Hat eine Kommune, die Verbandsmitglied ist, nach der Verbandssatzung mehrere Vertreter in der Verbandsversammlung, werden die Vertreter nach dem für die Bildung der Ausschüsse der Vertretung vorgeschriebenen Verfahren bestimmt. Der von einer Kommune als Verbandsmitglied entsandte Vertreter ist an die Beschlüsse des ihn entsendenden Vertretung über alle wesentlichen Angelegenheiten des Zweckverbandes zu unterrichten.

Eine Wahl ist nach den Grundsätzen des § 56 Abs. 3, 4 KVG LSA wie folgt durchzuführen:

- 3) Wahlen werden nur in den gesetzlich ausdrücklich genannten Fällen durchgeführt. Sie werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
- (4) Gewählt ist die Person, die im ersten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat.

Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Soweit im ersten Wahlgang nur eine Person zur Wahl stand und diese Person die erforderliche Mehrheit nicht erreicht hat, finden die Sätze 2 bis 4 keine Anwendung.